

Die Aufschrift besteht:

1. wenn es sich um ein rechteckiges Zulassungskennzeichen handelt, einem (Index-)Buchstaben oder einer (Index-)Ziffer gefolgt von einem Trennungsstrich in Höhe der horizontalen Mittellinie des Zulassungskennzeichens und einer Kombination aus entweder drei Buchstaben gefolgt von drei Ziffern oder drei Ziffern gefolgt von drei Buchstaben. Die Buchstaben sind ebenfalls von den Ziffern durch einen Trennungsstrich in Höhe der horizontalen Mittellinie getrennt.

Sind diese Reihen ausgeschöpft, wird der (Index-)Buchstabe oder die (Index-)Ziffer nachgestellt; ihm/ihr ist ein Trennungsstrich in Höhe der horizontalen Mittellinie des Zulassungskennzeichens und eine Kombination aus entweder drei Buchstaben gefolgt von drei Ziffern oder drei Ziffern gefolgt von drei Buchstaben vorangestellt. Die Buchstaben sind ebenfalls von den Ziffern durch einen Trennungsstrich in Höhe der horizontalen Mittellinie getrennt,

2. wenn es sich um ein viereckiges Zulassungskennzeichen handelt, einem (Index-)Buchstaben oder einer (Index-)Ziffer gefolgt von einem Trennungsstrich und einer Gruppe von höchstens drei Buchstaben oder Ziffern über einer Gruppe von höchstens vier Buchstaben oder Ziffern; die Gruppen zusammen bestehen ausschließlich aus Kombinationen, wie in Nr. 1 vorgesehen, ohne Trennungsstrich.

§ 1/1 - In Abweichung vom vorhergehenden Paragraphen entspricht die Aufschrift der Zulassungskennzeichen, deren Zulassungsnummer gemäß Artikel 23 des Königlichen Erlasses vom 20. Juli 2001 über die Zulassung von Fahrzeugen reserviert wurde, den folgenden Bedingungen:

1. Die Buchstaben und Ziffern werden durch einen Trennungsstrich getrennt. Ein Trennungsstrich kann ebenfalls Buchstaben oder Buchstabengruppen trennen sowie Ziffern oder Zifferngruppen.

2. Die Aufschrift setzt sich aus höchstens 8 Schriftzeichen zusammen, wobei der Trennungsstrich ebenfalls als ein Schriftzeichen betrachtet wird.

3. Die Aufschrift darf nicht ausschließlich aus Ziffern bestehen.

4. Die Aufschrift darf zu keiner Verwechslung mit der Aufschrift anderer Zulassungskennzeichen führen, insbesondere der Zulassungskennzeichen erwähnt in den Artikeln 4 § 2 Absatz 1, §§ 4 und 5, 5, 6, 7, 9, 12, 13, 14, 16 und 19.

5. Die Aufschrift darf nicht mit einem Trennungsstrich beginnen oder enden.

6. Der Reliefstempel geht der Aufschrift voran.

§ 2 - Außer wenn ein Zulassungskennzeichen gemäß Artikel 23 des Königlichen Erlasses vom 20. Juli 2001 über die Zulassung von Fahrzeugen reserviert wurde, können bei der Zulassung oder der Wiedenzulassung von Kraftfahrzeugen, die vor mehr als dreißig Jahren in Betrieb genommen worden sind, Zulassungskennzeichen mit dem (Index-)Buchstaben "O" ausgegeben werden. Kraftfahrzeuge, die vor mehr als fünfundzwanzig Jahren, aber weniger als dreißig Jahren in Betrieb genommen worden sind und die bereits mit einem in vorliegendem Absatz erwähnten Zulassungskennzeichen mit dem (Index-)Buchstaben "O" zugelassen worden sind, dürfen jedoch mit diesem Zulassungskennzeichen mit dem (Index-)Buchstaben "O" zugelassen bleiben oder wiederzugelassen werden, sofern diese Fahrzeuge auf den Namen desselben Inhabers zugelassen bleiben oder wiederzugelassen werden.

Wenn ein Zulassungskennzeichen gemäß Artikel 23 des Königlichen Erlasses vom 20. Juli 2001 über die Zulassung von Fahrzeugen reserviert wurde, wird bei der Zulassung oder der Wiedenzulassung von in Absatz 1 des vorliegenden Paragraphen erwähnten Fahrzeugen eine rote Vignette mit einer Breite von 26 Millimetern und einer Höhe von 26 Millimetern vor der Zulassungsnummer und unter dem Reliefstempel angebracht. Diese Vignette trägt den Vermerk "Oldtimer" und muss den in Anlage 4 des vorliegenden Erlasses genannten Vorschriften entsprechen.

§ 3 - Außer wenn ein Zulassungskennzeichen gemäß Artikel 23 des Königlichen Erlasses vom 20. Juli 2001 über die Zulassung von Fahrzeugen reserviert wurde, werden bei der Zulassung oder der Wiedenzulassung von Anhängern die Zulassungskennzeichen mit dem (Index-)Buchstaben "Q" ausgegeben.

§ 4 - Die Zulassungskennzeichen mit dem (Index-)Buchstaben "T" werden bei der Zulassung oder Wiedenzulassung von Personenfahrzeugen ausgegeben, die entweder für einen genehmigten Taxidienst oder ausschließlich für die Vermietung mit Fahrer gemäß Artikel 15 § 2 Nr. 2 des Königlichen Erlasses vom 8. Juli 1970 zur Einführung der allgemeinen Verordnung über die der Einkommensteuer gleichgesetzten Steuern verwendet werden. Für die Klasse "genehmigter Taxidienst" beginnt die Buchstabengruppe mit einem "X" und für die Klasse "Vermietung mit Fahrer" beginnt die Buchstabengruppe mit einem "L".

Sobald das Personenfahrzeug nicht mehr den im vorhergehenden Absatz vorgeschriebenen Bedingungen entspricht, muss das Zulassungskennzeichen an die für die Zulassung von Fahrzeugen zuständige Direktion bei der Generaldirektion Straßenverkehr und Verkehrssicherheit zurückgegeben werden.

§ 5 - Für die zusätzlichen Kennzeichen mit besonderer Aufschrift werden Buchstaben und Ziffern wie folgt kombiniert:

1. "Hof"-Kennzeichen: lediglich ein bis drei Ziffern,

2. "A"-, "E"- oder "P"-Kennzeichen: der Buchstabe "A", "E" oder "P", gefolgt von einem Trennungsstrich und ein bis drei Ziffern."

Gegeben zu Brüssel, den 21. Oktober 2022

Der Vizepremierminister und Minister der Mobilität
G. GILKINET

SERVICE PUBLIC FEDERAL JUSTICE

[C - 2023/44397]

29 NOVEMBRE 2021. — Arrêté ministériel fixant le montant de la rétribution due au gestionnaire de la plateforme électronique dans le cadre de la vente publique judiciaire électronique de biens meubles. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté ministériel du 29 novembre 2021 fixant le montant de la rétribution due au gestionnaire de la plateforme électronique dans le cadre de la vente publique judiciaire électronique de biens meubles (*Moniteur belge* du 8 décembre 2021).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST JUSTITIE

[C - 2023/44397]

29 NOVEMBER 2021. — Ministerieel besluit tot vaststelling van de aan de beheerder van het platform verschuldigde retributie in het kader van de openbare gerechtelijke elektronische verkoop van roerende goederen. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het ministerieel besluit van 29 november 2021 tot vaststelling van de aan de beheerder van het platform verschuldigde retributie in het kader van de openbare gerechtelijke elektronische verkoop van roerende goederen (*Belgisch Staatsblad* van 8 december 2021).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST JUSTIZ

[C – 2023/44397]

29. NOVEMBER 2021 — Ministerieller Erlass zur Festlegung des Betrags der dem Verwalter der elektronischen Plattform im Rahmen des elektronischen gerichtlichen öffentlichen Verkaufs beweglicher Güter geschuldeten Gebühr — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Ministeriellen Erlasses vom 29. November 2021 zur Festlegung des Betrags der dem Verwalter der elektronischen Plattform im Rahmen des elektronischen gerichtlichen öffentlichen Verkaufs beweglicher Güter geschuldeten Gebühr.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

29. NOVEMBER 2021 — Ministerieller Erlass zur Festlegung des Betrags der dem Verwalter der elektronischen Plattform im Rahmen des elektronischen gerichtlichen öffentlichen Verkaufs beweglicher Güter geschuldeten Gebühr

Der Minister der Justiz,

Aufgrund des Gerichtsgesetzbuches, des Artikels 1526 Absatz 3, eingefügt durch das Gesetz vom 5. Mai 2019 und abgeändert durch das Gesetz vom 28. November 2021;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 28. November 2021 zur Festlegung der Modalitäten für den elektronischen gerichtlichen öffentlichen Verkauf beweglicher Güter aufgrund der Artikel 1516, 1522 und 1526 des Gerichtsgesetzbuches, des Artikels 8 § 2 Absatz 2;

Aufgrund der Stellungnahme der Nationalen Gerichtsvollzieherkammer vom 5. November 2021,

Erlässt:

Artikel 1. Für jeden Verkauf auf der im Königlichen Erlass vom 28. November 2021 zur Festlegung der Modalitäten für den elektronischen gerichtlichen öffentlichen Verkauf beweglicher Güter aufgrund der Artikel 1516, 1522 und 1526 des Gerichtsgesetzbuches erwähnten elektronischen Plattform beträgt die vom Käufer dem Verwalter der Plattform geschuldete Gebühr 7,5 Prozent des Verkaufspreises.

Art. 2. Der Betrag der in Artikel 1 festgelegten Gebühr wird im Dezember jeden Jahres bewertet und, wenn nötig, angepasst.

Brüssel, den 29. November 2021.

V. VAN QUICKENBORNE

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2023/42913]

24 MARS 2023. — Arrêté ministériel modifiant l'arrêté ministériel du 25 mai 1999 fixant le modèle de la demande que les citoyens non belges de l'Union européenne établis en Belgique doivent introduire auprès de la commune de leur résidence principale s'ils souhaitent être inscrits sur la liste des électeurs dressée en prévision des élections communales, ainsi que les modèles de la décision par laquelle le collège des bourgmestre et échevins soit agréée cette demande, soit la rejette. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté ministériel du 24 mars 2023 modifiant l'arrêté ministériel du 25 mai 1999 fixant le modèle de la demande que les citoyens non belges de l'Union européenne établis en Belgique doivent introduire auprès de la commune de leur résidence principale s'ils souhaitent être inscrits sur la liste des électeurs dressée en prévision des élections communales, ainsi que les modèles de la décision par laquelle le collège des bourgmestre et échevins soit agréée cette demande, soit la rejette (*Moniteur belge* du 12 avril 2023).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2023/42913]

24 MAART 2023. — Ministerieel besluit tot wijziging van het ministerieel besluit van 25 mei 1999 tot vaststelling van het model van de aanvraag die de niet-Belgische burgers van de Europese Unie die in België gevestigd zijn, moeten indienen bij de gemeente van hun hoofdverblijfplaats als zij wensen ingeschreven te worden op de kiezerslijst die opgesteld wordt voor de gemeenteraadsverkiezingen, evenals de modellen van de beslissing waarbij het College van burgemeester en schepenen deze aanvraag ofwel erkent, ofwel verwerpt. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het ministerieel besluit van 24 maart 2023 tot wijziging van het ministerieel besluit van 25 mei 1999 tot vaststelling van het model van de aanvraag die de niet-Belgische burgers van de Europese Unie die in België gevestigd zijn, moeten indienen bij de gemeente van hun hoofdverblijfplaats als zij wensen ingeschreven te worden op de kiezerslijst die opgesteld wordt voor de gemeenteraadsverkiezingen, evenals de modellen van de beslissing waarbij het College van burgemeester en schepenen deze aanvraag ofwel erkent, ofwel verwerpt (*Belgisch Staatsblad* van 12 april 2023).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2023/42913]

24. MÄRZ 2023 — Ministerieller Erlass zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 25. Mai 1999 zur Festlegung des Musters des Antrags, den in Belgien ansässige nichtbelgische Bürger der Europäischen Union bei der Gemeinde ihres Hauptwohnortes einreichen müssen, wenn sie in die im Hinblick auf die Gemeindewahlen erstellte Wählerliste eingetragen werden möchten, und der Muster des Beschlusses des Bürgermeister- und Schöffenkollegiums zur Zulassung oder Ablehnung dieses Antrags — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Ministeriellen Erlasses vom 24. März 2023 zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 25. Mai 1999 zur Festlegung des Musters des Antrags, den in Belgien ansässige nichtbelgische Bürger der Europäischen Union bei der Gemeinde ihres Hauptwohnortes einreichen müssen, wenn sie in die im Hinblick auf die Gemeindewahlen erstellte Wählerliste eingetragen werden möchten, und der Muster des Beschlusses des Bürgermeister- und Schöffenkollegiums zur Zulassung oder Ablehnung dieses Antrags.